



## **Rede**

---

Transatlantische Jahreswirtschaftskonferenz  
10. November 2016  
Hilton Hotel Frankfurt Airport

Ulrich Grillo  
Präsident, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

---

**Es gilt das gesprochene Wort.**

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband  
BUSINESSEUROPE

*Hausanschrift*  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

*Postanschrift*  
11053 Berlin

*Telekontakte*  
T: 030 2028-1463  
F: 030 2028-2463

*E-Mail*  
[b.stehfest@bdi.eu](mailto:b.stehfest@bdi.eu)

Ich freue mich, wieder hier sein zu können.

Der BDI unterstützt diese Konferenz auch in diesem Jahr sehr gerne. Ich möchte ausdrücklich den Veranstaltern – der AmCham Germany und dem FAZ-Institut – danken, dass sie wieder eine so interessante und hochkarätige Konferenz auf die Beine gestellt haben.

Diese Konferenz ist mittlerweile eine feste Größe als Ort für den persönlichen und fachlichen Austausch zu Fragen der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen.

Sie erlaubt es uns, Kontakte zu knüpfen und zu vertiefen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte zu entwickeln.

Ich wünsche uns, dass wir von dieser Gelegenheit auch in diesem Jahr wieder vielfältig Gebrauch machen.

Diese Konferenz ist aber auch eine Aufforderung – eine Aufforderung, den Zustand der transatlantischen Beziehungen kritisch zu bewerten und dabei zu hinterfragen, was wir in der Zukunft zur Vertiefung dieser Beziehungen beitragen können.

Wie steht es also um die transatlantische Partnerschaft?

Mit der Wahl von Donald Trump ist eine Welle der Besorgnis durch die Welt gegangen.

Es ist eingetreten, wovon viele gewarnt und was wenige für möglich gehalten haben. Wie viele Politiker habe auch ich im Wahlkampf keinen Hehl daraus gemacht, dass Hillary Clinton aufgrund ihrer Persönlichkeit und aufgrund ihres Programms zumindest aus Sicht der deutschen Wirtschaft die geeignetere Kandidatin gewesen wäre. Doch nach dem Brexit-Votum ist nun zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres eingetreten, was wir doch nicht wahrhaben wollten.

Wir stehen nun vor einer neuen Realität.

Die Verunsicherung über diesen Wahlausgang ist weltweit groß – auch und gerade in der Wirtschaft. Dennoch: Wir müssen nach vorne blicken.

Deshalb richtet sich mein erster Appell an die deutsche und europäische Politik:

Wir müssen auf die neue US-Regierung zugehen und das von unserer Seite Mögliche tun, um zu verhindern, dass eine Rhetorik der Spaltung, der Abschottung und der „America First“-Politik Wirklichkeit wird.

Nach wie vor gilt: Die USA sind ein wichtiger Partner, um die Globalisierung zu gestalten, die Weltwirtschaft wieder zu beleben und die geopolitischen Krisen zu adressieren.

Auch wenn die USA vor vielen innen- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen stehen, müssen sie ihre globale Führungsrolle weiter ausfüllen.

So richtet sich mein zweiter Appell an den neuen US-Präsidenten: Machen Sie schnell klar, dass die USA sich nicht von der Welt abwenden, sondern ihr globales Engagement auf Basis bestehender Verträge, Institutionen und Bündnisse fortsetzen werden.

Andernfalls können aus der Verunsicherung von heute schnell ganz konkrete negative Effekte für die Weltwirtschaft werden. Und nach dem Brexit-Votum ist dies das Letzte, was wir brauchen können.

Gerade nach dieser Wahl möchte ich die Gelegenheit nutzen, über eine Entwicklung zu sprechen, die mich, wie viele andere auch, zutiefst beunruhigt und die maßgeblich zur Wahl Donald Trumps beigetragen hat. Eine Entwicklung, die die Handlungs- und Lösungsfähigkeit der USA und der EU bei all den geopolitischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, in Frage stellt. Sei es die dramatische Lage in Syrien, der anhaltende Ukraine-Konflikt, die Gefahr einer neuen Krise im Verhältnis zu Russland, das Brexit-Votum oder auch die Krise der Europäischen Union.

Ich meine den wachsenden Populismus und den Wunsch nach Abschottung in Teilen der Bevölkerung auf beiden Seiten des Atlantiks.

In dieser Hinsicht hat bereits der Wahlkampf in den USA bei vielen von uns zu Staunen und manches Mal auch zu Entsetzen geführt.

Aber schauen wir Europäer einmal in den Spiegel:

- die Angst vor Veränderungen durch Globalisierung und Digitalisierung,
- die Skepsis vor dem Fremden,
- der Ruf nach Protektionismus und Abgrenzung,
- das abnehmende Vertrauen in viele politische und gesellschaftliche Institutionen
- politische Kandidaten und Bewegungen, die mit ihrer Ablehnung gegenüber dem politischen Establishment und gegenüber dem bestehenden System große Zustimmung erreichen, auch wenn sie antidemokratische Positionen vertreten,
- ein Umfeld, in dem Politik von Stimmungen und nicht von Fakten getrieben wird:

Gibt es all das wirklich nur in den USA?

Wir in Europa haben zwar noch keinen Donald Trump hervorgebracht. Aber seine Agenda, seine Rhetorik und seine Methoden sind leider auch in Europa verbreitet.

Dem müssen wir in Europa und unsere Partner in den USA eine Agenda entgegensetzen:

Eine Agenda, die von einer offenen Gesellschaft, von Ideen und Innovationen, von Respekt und Humanismus und vom Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geprägt ist.

Eine Agenda, die die Globalisierung und die Digitalisierung annehmen und gestalten will, anstatt sie zurückzudrehen.

Eine erfolgreiche, zukunftsweisende transatlantische Partnerschaft kann nur auf diesen Werten beruhen, nicht auf dem Wettlauf um die größte Abschottung.

Doch das ist keine Selbstverständlichkeit – dafür ist das US-Wahlergebnis eine schrille Warnung. Wir müssen immer wieder für die Werte werben und streiten, die uns lieb und teuer sind: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat, Pluralismus, Respekt vor dem Anderen.

Die Bürger in Deutschland, Europa und den USA müssen sich fragen: Welche Gesellschaft wollen wir? Wollen wir an unserem Konzept der offenen Gesellschaft festhalten, für die wir, Europa und die USA, bisher der Garant waren und die so viele Menschen anzieht? Oder nehmen wir eine Welt der geschlossenen Gesellschaften hin?

Kein Land braucht dabei dringender eine offene Gesellschaft als Deutschland. Wir leben in der Mitte Europas und sind eine Exportnation. Die offene Gesellschaft, das bedeutet deshalb für uns zum Beispiel, dass wir selbstbewusst für freien Handel eintreten und bewährte Bündnisse jetzt mutig neu beleben.

Die offene Gesellschaft braucht den Austausch von Waren und Dienstleistungen.

In den Diskussionen um Abkommen wie CETA und TTIP wird das oft vergessen. Stattdessen sind sie häufig geprägt von einer merkwürdigen Ambivalenz: Da machen dann gerade jene, die beispielsweise in der Flüchtlingsfrage oder bei Themen der gesellschaftlichen Vielfalt für Offenheit plädieren, beim Thema Freihandel „dicht“. Doch: Offene Grenzen für Menschen, aber Handelsbarrieren für Produkte – das passt nicht zusammen.

Was dabei ebenso wichtig ist: Die offene Gesellschaft muss auch offen sein gegenüber Innovationen und neuen Entwicklungen.

Auch die USA brauchen Offenheit – nicht nur gesellschaftlich, auch wirtschaftlich: Eine „America-First“-Politik würde, wenn man sie zu Ende denkt, amerikanischen Unternehmern und Verbrauchern massiv schaden. Wie wollen die USA eine weitere Stärkung ihrer industriellen Basis erreichen und ihr Land modernisieren, ohne den Import von Produkten und Dienstleistungen, etwa von Technologie und Ingenieurskunst aus Deutschland?

Wir in Europa haben den USA viel anzubieten:

Einen Markt mit über 500 Millionen Konsumenten. Schon jetzt – ohne ein Freihandelsabkommen – ist die EU der wichtigste Exportmarkt für die USA:

Waren und Dienstleistungen im Wert von 500 Milliarden Dollar exportierten die USA allein im vorigen Jahr in die EU.

Deutschland kaufte Waren und Dienstleistungen im Wert von 80 Milliarden Dollar aus den USA.

Deutschland und Europa sind nach wie vor ein attraktiver Markt mit weltweit gefragten Technologien und Produkten. Es gibt keinen Grund, uns kleiner zu machen, als wir sind.

Wir sind Verhandlungspartner auf Augenhöhe.

Und auf Deutschland wird mit dem drohenden Brexit künftig noch mehr Verantwortung zukommen. Und damit auch auf die deutsche Wirtschaft. Die Positionierung der deutschen Wirtschaft in kritischen außenpolitischen Fragen war schon immer ein wichtiger Faktor für die deutschen Außenbeziehungen. Dieser Verantwortung stellen wir uns, zum Beispiel durch eine aktive Begleitung der deutschen G7-Präsidentschaft im letzten und der deutschen G20-Präsidentschaft im kommenden Jahr.

Aber in Deutschland und Europa muss es auch die politischen Voraussetzungen geben, damit wir unseren Werten und Interessen weltweit Geltung verschaffen und einen Beitrag dazu leisten können, die Globalisierung auf Grundlage unserer Standards zu gestalten.

Und deswegen sage ich auch deutlich:

Wenn Europas Fähigkeit, gute und moderne Handelsabkommen abzuschließen, von einer einzigen Provinz abhängt, in der weniger als ein Prozent der Einwohner der EU lebt, dann werden wir nicht mehr als vertrauenswürdiger Gesprächs- und Verhandlungspartner wahrgenommen.

Dies schadet uns, es untergräbt den europäischen Gedanken. Und: Besonders demokratisch ist es übrigens auch nicht.

Damit komme ich zum transatlantischen Abkommen TTIP:

Uns allen ist bewusst, dass Donald Trump sich im Wahlkampf äußerst skeptisch gegenüber Freihandel geäußert hat. Aber auch die US-Wirtschaft profitiert unterm Strich von offenen Märkten. Das hat noch jeder US-Präsident in der neueren Geschichte des Landes anerkannt.

Der Wahlsieg Donald Trumps bringt natürlich auch für die Zukunft von TTIP eine große Unsicherheit mit sich. Doch so schnell sollten wir nicht die Flinte ins Korn werfen.

Denn warum wird TTIP überhaupt verhandelt? Um Wachstumsimpulse auf beiden Seiten des Atlantiks zu setzen. Um die Chancen unserer Unternehmen im weltweiten Wettbewerb zu stärken. Um Bürokratie in den transatlantischen Wertschöpfungsketten abzubauen. Und um fortschrittliche Regeln für die Globalisierung zu entwickeln.

Gegen ein faires TTIP-Abkommen könnte eigentlich auch ein Präsident Trump keine Einwände erheben.

Es liegt also im Interesse aller Seiten, dass dieses Projekt fortgesetzt wird. Wir in der Wirtschaft werden weiter für TTIP werben – indem wir konkret erklären, warum freier Handel gut für die gesamte Bevölkerung ist. Und warum es nicht in unserem Interesse ist, wenn wir die Entwicklung globaler Regeln und Standards anderen überlassen.

Natürlich müssen wir uns dafür einsetzen, dass diese Standards dann auch eingehalten werden. Wir müssen uns vor unfairen Handels-praktiken wirksam und effektiv schützen.

In der EU wollen wir unsere handelspolitischen Schutzinstrumente deshalb modernisieren. Aber dieses Instrumentarium, das uns erlaubt, gegen Missbräuche im Handel vorzugehen, darf eine offene Wirtschaftspolitik nur ergänzen. Es darf sie nie ersetzen.

Und unsere Antwort auf die leider immer noch bestehenden Hemmnisse in anderen Märkten sollte nicht sein, selbst Mauern hochzuziehen. Das ist meine feste Überzeugung.

In diesem Jahr spreche ich zum letzten Mal als BDI-Präsident zu Ihnen. Es war mir immer eine Freude, bei der Transatlantik-Konferenz sein zu können. Denn dass mir die transatlantischen Beziehungen am Herzen liegen, haben Sie hoffentlich gemerkt.

Ich möchte mich bei Ihnen, lieber Herr Mattes, und bei Ihnen, Botschafter Emerson, für die Zusammenarbeit und Unterstützung in den vergangenen Jahren bedanken.

Seien Sie versichert, dass der BDI und die deutsche Wirtschaft auch in Zukunft ganz vorne dabei sein werden, wenn es darum geht, für das transatlantische Verhältnis und für eine offene Gesellschaft zu werben. Diese Notwendigkeit gilt heute mehr denn je.